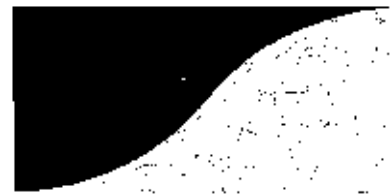


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15



Inhalt

Dr. R. Werner Schuster MdB
zum Berlin-Bonn-Gesetz: Re-
gierungsreform wird verhin-
dert.

Seite 1

Monika Gansser MdB zur
Klimapolitik der Bundesregie-
rung: Bilanz der verpaßten
Chancen.

Seite 3

Dokumentation
Beschluß des SPD-Parteivor-
standes zur Ergänzungsab-
gabe.

Seite 5

49. Jahrgang / 56

22. März 1994

Regierungsreform wird verhindert Zum Berlin-Bonn-Gesetz

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche - von der Öffentlichkeit fast unbemerkt - mit großer Mehrheit mit dem Berlin-Bonn-Gesetz wichtige Fakten für den Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin geschaffen. Das Gesetz regelt, daß neben Bundespräsident und Bundestag die wichtigsten Ministerien - Auswärtiges Amt, Innenministerium-, Justizministerium, Finanzministerium, Wirtschaftsministerium, Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Frauen und Jugend, Verkehrsministerium, Bauministerium und Presse- und Informationsamt - nach Berlin umziehen sollen. Demgegenüber sollen das Landwirtschaftsministerium, Verteidigungsministerium, Gesundheitsministerium, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ministerium für Forschung und Technik, Ministerium für Post und Telekommunikation, Ministerium für Bildung und Wissenschaft und Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn verbleiben. Als Gegenleistung sollen einige der wichtigsten Bundeseinrichtungen wie das Bundeskartellamt, das Bundesversicherungsamt und das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen von Berlin nach Bonn umziehen. Auf 20 Milliarden DM werden die Kosten des gesamten Umzuges derzeit geschätzt. Man hofft, daß der Bundestag spätestens 1999 seine Arbeit in Berlin aufnehmen kann. Damit hat der Bundestag dokumentiert, daß er auch in einer schwierigen Entscheidung nicht wackelt, sondern bei seiner am 20. Juni 1991 getroffenen Entscheidung bleibt: Berlin wird Hauptstadt des vereinten Deutschland, so wie es jahrzehntelang immer wieder versprochen worden ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 18 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemnitzer Druckerei
mit weltweitem Rohstoff-
Anschluß



Und dennoch bleibt auch bei Berlin-Befürwortern ein unguter Geschmack. 20 Milliarden DM sind angesichts der sozialen Not in Deutschland ein großer Brocken. Darauf wird man als Bundestagsabgeordneter in öffentlichen Diskussionen in den alten Bundesländern zu Recht immer wieder hingewiesen. Da muß doch die Frage erlaubt sein, ob dieser Umzug nach Berlin mit einem anderen Konzept nicht preiswerter zu haben wäre. Zumal ein Alternativkonzept existiert, aber dieses wurde unverständlicherweise von den zuständigen Ausschüssen von Bundestag und Bundesregierung nie ernsthaft untersucht. Es beinhaltet die einmalige Chance, mit dem Umzug nach Berlin eine Reform der Regierung zu verbinden. Schließlich sind Strukturen, die sich in den letzten 40 Jahren herausgebildet haben, in einer Form verkrustet, die schon aus Effizienzgründen eine Reorganisation nahegelegt hätte. Alle Welt redet inzwischen von Staatsmodernisierung oder schlankem Staat. Offensichtlich ist aber schlanke Regierung kein Thema.

Nach den jetzt beschlossenen Plänen ziehen mehr als die Hälfte der Ministerien incl. Mitarbeitern und Familien nach Berlin. Das ist die sogenannte vertikale Lösung. Die Alternative verbirgt sich hinter dem Schlagwort "horizontale Lösung". Nach diesem Modell wären demgegenüber alle Ministerien mit ihrer gesamten politischen Spitze nach Berlin umgezogen, deren notwendiger Verwaltungsunterbau wäre in Form von Bundesämtern in Bonn geblieben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dankenswerterweise dieses Modell in einem Gutachten in Details beschrieben. Zentral ist, daß mit der Konzentration auf die Ministerien und ihre politische Spitze und dem Verbleib der dazugehörigen Verwaltung in Bonn nur 20 statt 50 Prozent der Beteiligten umziehen müßten. Dies wäre einerseits für die betroffenen Familien von Vorteil, zum anderen könnten damit die Kosten statt der nun anfallenden 20 Milliarden DM auf deutlich unter 10 Milliarden DM gehalten werden. Gleichzeitig hätte man auf diese Weise eine "schlanke Regierung" geschaffen und das Gewicht von Legislative (Bundestag) und Exekutive (Bundesregierung) wieder stärker ausgeglichen und damit den Verfassungsauftrag erfüllt. Zur Zeit ist die Legislative mit circa 2.000 Mitarbeitern inklusive Abgeordneten der Exekutive, der Bürokratie, mit fast 30.000 Mitarbeitern hoffnungslos unterlegen. Auch bei den Abgeordneten der Regierungskoalition hat sich in den letzten Jahren der Eindruck verstärkt, daß sich die Exekutive (die Bürokratie) letztlich wenig um Beschlüsse des Bundestages kümmert - nach dem Motto "die Hunde (die Abgeordneten) bellen und die Karawane (die Ministerialbürokratie) zieht weiter".

Ist es nicht ein Widerspruch in sich selbst, wenn die Bundes- und die Landesregierungen derzeit aus gutem Grund über eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung und ihre Aufgaben nachdenken beziehungsweise durch Unternehmensberater nachdenken lassen und sich selbst von dieser kritischen Reflexion ausnehmen?

Wenn das Wahlkampfgetöse Ende des Jahres 1994 abgeebbt sein wird, sollten wir - das heißt Parlament, Regierung und Öffentlichkeit noch einmal darüber nachdenken: Umzug nach Berlin ja, so schnell wie möglich, aber nach einem modernen Reformstrukturkonzept, zum halben Preis!

(-/22. März 1994/jr/ks)

Bilanz der verpaßten Chancen
Zur Klimapolitik der Bundesregierung

Von **Monika Ganseforth MdB**
Sprecherin der Arbeitsgruppe "Klima" der SPD-Bundestagsfraktion

Zwei Jahre nach der UNCED-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio ist endlich die Klimakonvention in Kraft getreten. Es hat lange genug gedauert, bis von den fast 180 Signatarstaaten endlich 50 die Klimakonvention ratifiziert hatten. Auch die Bundesrepublik hat dies gerade noch "auf den letzten Drücker" geschafft. Hier hat sich die Bundesregierung nicht mit Ruhm bekleckert.

Die verabschiedete Klimakonvention hat das Ziel, "die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das einen gefährlichen anthropogenen Eingriff in das Klimasystem verhindert". Dies bedeutet, daß die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2050 weltweit etwa um 50 Prozent, in den Industrieländern um 80 Prozent reduziert werden müssen. National hat sich die Bundesregierung das CO₂-Minderungsziel von 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 bezogen auf das Emissionsvolumen von 1978 auf ihre Fahnen geschrieben.

Was aber die Umsetzung der Maßnahmen zum Klimaschutz betrifft, steht die Bundesregierung vor einer großen Blamage.

Noch ist das Klimaschutzziel erreichbar! Aber jeder Tag des Nichtstuns rückt dieses Ziel in weite Ferne und macht die Erreichbarkeit schwieriger und teurer. Wirksame Klimaschutzpolitik verlangt tiefgreifende und schnell wirksame Maßnahmen. Doch dazu fehlt der Bundesregierung der Mut.

Umso länger ist stattdessen die Liste der verpaßten Gelegenheiten, unzureichend geregelten Rahmenbedingungen, Scheinmaßnahmen und der das CO₂-Minderungsziel konterkarierenden Entscheidungen:

1. Verkehrspolitik

Nachdem sich die Umweltministerkonferenz 1990 noch auf das Ziel einer zehnpromzentigen Verringerung des CO₂-Ausstosses im Verkehr geeinigt hatte, sprach zwei Jahre später Minister Töpfer von einer Stabilisierung der CO₂-Emissionen und im Klimabericht ist sogar nur davon die Rede, den Anstieg in diesem Bereich zu begrenzen.

Statt Maßnahmen zu ergreifen, die nichts kosten und schnell greifen, zum Beispiel Flottenverbrauchsregelungen oder die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine allgemeine Entfernungspauschale, steuert die Bundesregierung ungebremst in den Verkehrs-Kollaps. Die Förderung des motorisierten Verkehrs durch den Bundesverkehrswegeplan und das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz führt zu einer Steigerung der CO₂-Emissionen von mindestens 38 Prozent (unter Schätzung des Prognos-Instituts) bis zum Jahre 2005 und unterläuft damit alle CO₂-Minderungsbestrebungen. Demgegenüber werden die Chancen der Bahnreform

nicht genutzt. Hier muß die Bundesregierung mehr Durchsetzungskraft bei der Regionalisierung und Attraktivitätserhöhung des Schienenpersonennahverkehrs und dem Ausbau des Güterverkehrs beweisen.

Der Luftverkehr hat die höchsten Zuwachsraten von allen Verkehrsträgern. Für das Flugverkehrsaufkommen wird bis zum Jahre 2000 mehr als eine Verdoppelung prognostiziert. Abgesehen von den zusätzlichen Energieverbräuchen finden die Emissionen teilweise in den besonders empfindlichen Bereichen der Atmosphäre statt und sind dort die einzigen direkten Schadstoffquellen. Sie tragen zum Treibhauseffekt bei und beeinflussen die Ozonkonzentration. Die Bundesregierung unternimmt bisher nichts, um den Flugverkehr einzuschränken. Die SPD fordert daher unter anderem die Erhebung einer Mineralölsteuer für Kerosin, Verringerung der Emissionen, Einschränkung der Kurzstreckenflüge und Verlagerung auf die Schiene, keine Flugrouten über die besonders sensible Polarregion, keine Neubelegung von freierwerdenden Slots.

2. Energiepolitik

Bereits heute beträgt das technologisch mögliche, aber aufgrund zu niedriger Energiepreise noch unerschlossene Energieeinsparpotential 35 bis 45 Prozent, bei Gebäuden 70 bis 90 Prozent und bei Haushaltsgeräten 30 bis 70 Prozent.

Mit Hilfe der Wärmeschutzverordnung, der Wärmenutzungsverordnung oder auch der Honorarverordnung für Architekten und Ingenieure und steuerlichen Anreizen ließe sich dieses Potential erschließen. Aber die Bundesregierung buckelt wieder vor den Lobbyisten, seien es die Ziegeleindustrie oder die Energieanbieter. Die entsprechenden Verordnungsentwürfe sind daher - sofern sie überhaupt vorliegen - so lasch formuliert, daß sie kaum einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. - dies wiegt umso schwerer, weil im Baubestand die Versäumnisse von heute erst bei der nächsten Renovierung in 15 Jahren nachgeholt werden können.

Dabei würden der Bausektor, das Handwerk und die Industrie von einer effektiven Klimaschutzpolitik nur profitieren: Je eingesparter Energiemenge, die 25.000 Tonnen Heizöl entspricht, entstehen 100 neue Arbeitsplätze. Die Produktions- und Exportzahlen energiesparender Produkte haben sich in der Vergangenheit überproportional entwickelt. Während die Zuwachsraten aller Exporte von 1982 bis 1988 durchschnittlich 3,9 Prozent betrug, erreichte sie bei energiesparenden Erzeugnissen wie Heizkesseln, Wärmepumpen und elektrotechnischen Gütern neun Prozent.

Der Bundesregierung fehlt der Mut zu einer umfassenden Energiewende. Sie muß das Energiesparen genauso umfassen wie die Förderung regenerativer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung, den rationellen Energieeinsatz sowie den Ausstieg aus der Kernenergie. Stattdessen steckt die Bundesregierung nach wie vor mehr Geld in die Kernenergie als für die Förderung rationaler Energienutzung und erneuerbarer Energieträger zusammen.

Ausblick

Die Klimakonvention könnte sich zu einem guten Instrument globaler Umweltpolitik entwickeln, wenn vor allem die Industrieländer ihre Verantwortung für die globalen Umweltprobleme erkennen und umgehend die in Rio gefaßten Beschlüsse vollziehen. Eine zwingende Folgerung aus den Ergebnissen von Rio ist die Erkenntnis, daß sich politisches und wirtschaftliches Handeln jetzt wesentlich ändern müssen: nicht mehr business as usual ist gefragt, sondern die umweltorientierte Trendwende in der Wirtschafts-, Energie-, Finanz- und Verkehrspolitik. Die SPD hat in all diesen Bereichen Vorschläge auf den Tisch gelegt. Sie reichen beispielsweise vom Ausstieg aus der Kernenergie, Steigerung der Energieeffizienz und Förderung regenerativer Energien über Anreize für intensive Maßnahmen beim Gebäudebestand bis hin zur Verkehrswende, bei der Verkehrsvermeidung und die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs Vorrang haben.

Die konsequente Umsetzung der Beschlüsse von Rio würde sowohl Arbeitsplätze sichern und schaffen, als auch wichtige Impulse zur Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland geben. Die Bundesregierung hat diese Chancen verschlafen und damit nicht nur dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen.

(-/22. März 1994/ru/ks)

DOKUMENTATION

Sozial gerechtere Ergänzungsabgabe **Beschluß des SPD-Partei Vorstandes**

Auf Vorschlag des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping hat der SPD-Parteivorstand heute folgendes beschlossen:

1. Der SPD-Parteivorstand wird seinen Antrag zum Regierungsprogramm auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes am 2. Mai 1994 verabschieden und dabei von folgenden Prioritäten ausgehen. Diese sind:
 - Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung des umweltgerechten Wachstums, auch zur Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands,
 - Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Familien mit Kindern,
 - tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern,
 - soziale und ökologische Modernisierung, einschließlich neuer Offensive für Bildung, Wissenschaft und Forschung,
 - strikte Ausgabendisziplin und Modernisierung der Staatstätigkeit,
 - Bewahrung der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und Bekämpfung der Kriminalität.
2. Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung erneut festgestellt, daß eine SPD-geführte Bundesregierung die 1995 erreichte Steuer- und Abgabenquote nicht erhöhen wird; wir wollen die Steuererhöhungsorgie der Bundesregierung Kohl stoppen.

Weiter hat der SPD-Parteivorstand daran erinnert, daß die SPD schon bei den Verhandlungen über den Solidarpakt eine soziale Komponente bei dem von der Bundesregierung als Ergänzungsabgabe vorgesehenen Solidaritätszuschlag verlangt hat. Die Bundesregierung hat bisher diese soziale Komponente verweigert. Die Folge davon ist, daß der Solidaritätszuschlag der Bundesregierung von 7,5 Prozent ab 1. Januar 1995 schon kleinste Einkommen trifft und dort zu spürbaren Steuererhöhung führt:

Bei Ledigen erhöht die Bundesregierung mit dem Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent die Steuern schon ab einem Monatsbruttoeinkommen von 1.370 DM, bei Verheirateten liegt die Einkommensgrenze bei der Bundesregierung nur bei brutto 2.550 DM monatlich.

Die SPD bleibt bei ihrer Absicht, diesen Solidaritätszuschlag der Bundesregierung zu korrigieren und gerechter auszugestalten. Die in der letzten Woche von der SPD genannte Einkommensgrenze würde dazu führen, daß rund 80 Prozent aller Ledigen und Verheirateten völlig von dem Solidaritätszuschlag der Bundesregierung befreit würden, während die Bundesregierung praktisch alle Lohn- und Einkommensteuerzahler mit dem Solidaritätszuschlag belasten wird.

Für Bezahler eines zu versteuernden Jahreseinkommens von beispielsweise mehr als 50.000 DM (bei Ledigen, das entspricht einem Bruttoeinkommen von rund 60.000 DM) würde die Ablösung des Solidaritätszuschlags mit einer zehnprozentigen Ergänzungsabgabe zu einer monatlichen Mehrbelastung von 23 DM führen, bei Verheirateten (ausgehend von einem zu versteuerndem Einkommen von circa 100.000 DM, also einem Bruttoeinkommen von etwa 120.000 DM) entsprechend 46 DM. Schon hieraus ergäbe sich die Vertretbarkeit der Ablösung des Solidaritätszuschlages durch eine sozial gerechtere Ergänzungsabgabe.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, ihren Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent noch vor dessen Inkrafttreten am 1. Januar 1995 sozial gerechter auszugestalten. Wir fordern sie auch auf, öffentlich darzulegen, wie sie die Steuerfreistellung des Existenzminimums regeln würde.

Die SPD fordert die Bundesregierung auch auf, unverzüglich klarzustellen, welche zusätzlichen Belastungen sie für die Autofahrer plant. Die Äußerung von Bundeskanzler Kohl zu der von Waigel angekündigten Mineralölsteuererhöhung, er denke darüber nach, reicht nicht aus. Die Öffentlichkeit hat Anspruch auf Klarheit. Wir warnen die Bundesregierung vor einer neuen Steuerlüge großen Ausmaßes.

Da der neue Bundestag seine Gesetzgebungsarbeit erst im Laufe des Jahres 1995 aufnehmen kann, wird sich das steuerpolitische Gesamtkonzept der SPD erst für das Jahr 1996 realisieren lassen.

Die Festlegung von Einkommensgrenzen bei der gerechteren Ausgestaltung der Ergänzungsabgabe wird dann im Zusammenhang mit der von der SPD vorgesehenen

- Steuerfreistellung des Existenzminimums,
- Senkung der Lohnnebenkosten, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Betriebe die deutsche Einheit nicht allein finanzieren müssen, und
- Reform des Kinderleistungsausgleichs mit einer Anhebung des Kindergeldes auf 250 DM für jedes Kind

erfolgen. In der Gesamtwirkung all dieser Maßnahmen wird klar, daß die SPD für eine sozial gerechte und zugleich ökonomisch vernünftige Steuerpolitik steht, bei der die Lasten leistungsgerecht verteilt werden.

(/22. März 1994/r/ks)
